

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, am Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 2,50 M., im übrigen Land, von der Expedition selbst abgeholt 2.— M. für Postbetrag nehmen sämtliche Postämter Bestellungen entgegen. Unter Streifenband bezogen für Deutschland und Österreich 12,50 M., für das übrige Ausland 16.— M. jährlich. Vorauszahlung, per Bille für Deutschland und Österreich 20,50 M.

Redaktion und Expedition: Berlin N.W. 6, Emslanderdamm 19 III, Fernsprecher: Amt Norden 833-36 und 9768.

Die achtspaltige Tageszeitung oder deren Raum kostet 2.— M., einschließlich Centralpostgebühr. Kleine Anzeigen: Das festgedruckte Wort 2.— M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Teilerhebung. Laufende Anzeigen: fünf Cent. Laufende Anzeigen und Stellenanzeigen 2,50 M. netto pro Zeile. Stellenanzeigen in Wortanzeigen: das festgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1.— M. Anzeigen-Abteilung: Berlin N.W. 6, Emslanderdamm 19. Fernsprecher: Amt Norden 833-36, Buchhandlung Centrum 2445. „Freiheit“-Buchdruckerei Centrum-030.

STREIF

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Millerand über die deutsche Kriegsentschädigung

Vollkommene Wiedergutmachung verlangt

Paris, 28. Mai. Ministerpräsident Millerand erklärte ferner, die Aufträge, die man seit einem Jahr erhalten habe, gestatteten den Betrag der französischen Wiedergutmachung auf 200 bis 210 Milliarden zu schätzen. Nach dem Stand vom 15. Mai seien das 70 Milliarden Goldmark. Diese Schätzung beruhe nicht auf der Zahlungsfähigkeit Deutschlands, sie hätte einfach den Zweck gehabt, Gedanken festzuhalten, der Wert der Forderungen hänge von vielen anderen Elementen ab. Erkenne von den Zinsen, zweitens von der Priorität und drittens von der Frage, ob die Forderungen in der Summe einbezogen sein sollten oder nicht. Millerand erinnerte an die letzten Erklärungen Bonar Law's im englischen Unterhaus, aus denen hervorgehe, daß England, Frankreich die Priorität verweigere. Das Wichtigste aber sei, daß man den alliierten Ländern effektive Realisierungen in Form von Reparationen und Entschädigungen in Form einer internationalen Anleihe oder etwa einer Serie von Anleihen geben wolle, woraus hervorgehe, daß die Alliierten eng verbunden sein müßten, um diese Anleihen zu kontrollieren, so daß also keiner der Alliierten isoliert sei in der Verwirklichung seiner Interessen gegenüber dem Schuldner. Die andere Methode bestünde darin, lange Jahre auf die Zahlungen zu warten. Die sehr angenehme Methode aber zwinge nicht, mehr als zwanzig Jahre auf den Vertrag zu starren und man gebe nichts dabei auf. Die französische Regierung und die alliierten Regierungen wollten nichts von ihren Pfändern aufgeben, namentlich von den besetzten deutschen Gebieten. In San Remo habe man dies nicht nur betont, sondern auch erklärt, daß, wenn Deutschland sich länger seinen Verpflichtungen entziehe, neue Gebiete besetzt werden könnten.

Er wiederholte, daß die Politik Frankreichs eine Politik der Union mit seinen Alliierten sei, aber auch eine Politik des Gläubigerbündnisses mit Deutschland. Man wünsche lebhaft, daß Deutschland begreife, daß es nur nach dieser Richtung hin für Deutschland ein Heil gebe. Aber um diese Politik des Gläubigerbündnisses und der Union zu realisieren, müsse man zu Einigungen schreiten und offen eine Politik der Realisierung und der Verantwortlichkeit verfolgen.

Millerand verlangte von der Kammer das Recht, mit den Alliierten alle notwendigen Garantien studieren zu dürfen, um zu einer raschen Realisierung zu gelangen. Die Kammer könne die Lösung suchen, die ihr die beste im Interesse des Landes scheine.

Loucheur erklärte, wenn Millerand eine Pauschsumme von 70 Milliarden Goldmark angenommen habe, dann habe er Frankreich in eine schreckliche Lage gebracht, denn diese Summe sei ungenügend. Millerand rief hinzu: Ich habe gesagt, daß noch keine Ziffer festgehalten wurde. Lou-

cheur wiederholt, man könne mit Millerand über das Ziel einverstanden sein, wenn er von 200 Milliarden Francs spreche, aber nicht wenn er von 66, 70 oder 75 Milliarden Goldmark rede. Nach kurzen Bemerkungen von Vincent Auriol ergriff Irland das Wort. Er sagte, im Jahre 1916 sei auf der wirtschaftlichen Konferenz festgestellt worden, daß, da Frankreich das Schlachtfeld für die ganze Welt sei, seine Forderungen einen besonders privilegierten Charakter haben werde. Das Unglück sei, daß, wenn eine Regierung einer anderen folge, ihre erste Sorge sei, beiseite zu schieben, was der Vorgänger getan habe. Das allgemeine Interesse müsse die persönlichen Polemik verweisen machen. Es sei gesagt worden, daß der Grund finanzieller Solidarität niemals aufgestellt worden sei. Er aber erkläre, daß er hoch aufgestellt wurde.

Es wurden alsdann acht Tagesordnungen eingebracht. Die erste von den Sozialdemokraten, die die Vertreter, die im Laufe der Friedensverhandlungen begangen wurden, gebauert und die finanzielle Solidarität für den Wiederaufbau und die Pensionen verlangte. Die anderen Tagesordnungen, die von den verschiedenen Seiten eingingen, verworfen teils die Forderungen, teils verlangten sie den vollkommenen Ersatz der Schäden. Ministerpräsident Millerand nahm eine Tagesordnung Colrat an, die besagt, daß der Friedensvertrag von Versailles Deutschland vollkommene Wiedergutmachung der Schäden an Personen und Gütern auferlege. Die Kammer nimmt die Erklärung der Regierung an und hat das Vertrauen, daß sie im Einverständnis mit den Alliierten die Interessen und die Rechte Frankreichs wahren werde.

Louis Barthou erklärte alsdann, daß er der Regierung Vertrauen schenke, denn er habe die Gemüthsruhe, daß der Ministerpräsident bei der Entschädigungssumme nicht unter die Zahl heruntergehen werde, auf die Frankreich Anspruch habe. Er wolle dem Ministerpräsidenten die Freiheit der Handlung zusichern.

Kauf Zarbiew ergriff das Wort, um den Unterschied zwischen der Tagesordnung Colrat und der von ihm und Rogue und Lohour eingebrachten festzustellen. In dieser Tagesordnung wird der Vertrag als Grundlage für die völlige Wiedergutmachung der Schäden in Anspruch genommen. Er bitte, seine Tagesordnung anzunehmen, damit der Vertrag von Versailles als Grundlage für alle weiteren Verhandlungen dienen könne. Ministerpräsident Millerand erklärte trotz der großen Unruhe, die herrschte, er nehme die Tagesordnung Colrat an, weil Artikel 232 als der Mittelpunkt des Vertrages angesehen werde. Er habe in Opatka erklärt, 120 Milliarden Mark korrespondierten mit der Summe von 200 bis 210 Milliarden Francs die man Frankreich schulde. Diese letztere Ziffer habe am 15. Mai ungefähr 70 Milliarden Goldmark betragen. Sie habe keinen anderen Wert als den, seinen Willen auszudrücken, für Frankreich den Betrag der an Gütern und Personen erlittenen Schäden zu erlangen. Die Tagesordnung Colrat wurde schließlich, wie bereits berichtet, mit 555 gegen 68 Stimmen angenommen.

Der Terror der Vorgesetzten in der Verwaltung.

Von Hugo Kamossa.

Der militärische Geist, der in Deutschland alles erfüllt vom Säugling bis zum Mannesalter, wird noch Jahrzehnte hindurch nachwirken. Mit der Abschaffung des stehenden Heeres ist zwar eine der Hauptsäulen des Militarismus niedergebroschen und uns zum Leidwesen aller Rückwärtler genommen worden — aber zwei andere Säulen dieses kulturwidrigen Geistes stehen noch fest und fast unerschütterlich da und werden noch lange Jahre die endgültige Kultivierung und Modernisierung unseres staatlichen Lebens verhindern: das durch und durch militärische Hochschulwesen und die geradezu vollendet militarisierte Verwaltungsbureaucratie.

Die militärisch gedrückte und erzogene Bureaucratie Preußen-Deutschlands hat seit jeher ihre oberste Aufgabe nicht in dem persönlichen Schutz der Bürger, sondern in der Schau des Kapitalismus, d. h. der auf Grund ihres persönlichen Besitzes Mächtigen gesehen.

Wer den Militarismus und die preußische Bureaucratie diese unerbittlichen Feinde aller echten Kultur, kennt, der weiß, welche Riesenaufgabe es für Männer von höchster Willens- und Entschlußkraft bedeutet, dieser Bureaucratie allmählich Herr zu werden, sie von ihrer Tradition zu befreien und ihr ein modernes demokratisches, republikanisches oder gar sozialistisches Gepräge zu geben. Niemand wird den Mut dazu aufbringen, der so sehr dem Kapitalismus verdräbten ist, wie die heutigen Staatslenker. Und doch dürfte diese Aufgabe leichter sein, als es äußerlich den Anschein hat, wenn sie nur richtig und mit ernsthaftem Willen angefaßt würde. Indessen daran fehlt es leider gänzlich. Die heutigen Regierenden können und wollen diese Aufgabe gar nicht lösen, weil sie noch viel mehr als alle früheren Regierungsmächthaber Befangene und Beauftragte der Kapitalisten sind. Es ist preussische Tradition, daß die anordnenden und ausführenden Organe der Regierung sich als Beauftragte des Kapitals fühlen, unter dem Vorwand, für die Aufrechterhaltung von Recht und Ordnung zu sorgen. So kommt es, daß auch in den bürocratischen Verwaltungen selber sich die höheren und die sogenannten „erklassigen“ mittleren Beamten für die eigentlichen Träger der Staatsgewalt im Sinne der Unternehmer halten, während die große Masse der mittleren und der unteren Beamten fast ohne Ausnahme wissen, daß sie von den Vorgesetzten nicht als gleichberechtigt und gleichwertig behandelt, sondern als willenlose Objekte der Gesehgebung und der Staatsgewalt, als Proletariat in des Wortes eigenster Bedeutung ausgenutzt und mißbraucht werden. Diejenigen im Beamtentum, die den kapitalistischen Staat schützen und erhalten wollen, setzen über den angeblichen Terror der Minderheit — tatsächlich aber sind sie selbst eine ganz kleine Minderheit unter den Beamten, die Kraft ihrer Stellung seit jeder den rückwärtsloseten Terror gegen die Sehnsucht der erstrebenden Massen ausüben, die endlich auch ans Licht gelangen wollen, um an den Errungenschaften der Kultur teilzunehmen. Und sie haben heute, wo sie sich ernsthaft bedroht glauben, den Terror rückwärtsloser als je.

Alles, was die mit aufopfernder Hilfe gerade der unteren Beamten wiederhergestellte sogenannte gemäßigtere Regierung gegen die Bureaucratie und ihren Inhalt in den Verwaltungen angeblich unternommen hat, endet geradezu in einer Tragikomödie. Der Terror der höheren Beamten hat es zuwege gebracht, daß tatsächlich nicht die der Begünstigung oder Teilnahme am Guts überführten Vorgesetzten zur Verantwortung gezogen und bestraft wurden, sondern daß auf der ganzen Linie, bei allen Verwaltungen, die Verteidiger der Republik, die unteren Beamten, wegen Ungehorsams und Dienstverweigerung, bewiesen durch Teilnahme am Generalkrieg, verfolgt werden. Aus der ungeheuren Fülle des darüber vorliegenden Materials können nur wenige Fälle angeführt werden.

Der preussische Justizminister hat angeordnet, daß ihm bis zum 20. April alle Fälle der Teilnahme von Beamten an der Begünstigung der Bureaucratie gemeldet werden. Was geschieht nun? Bei den Strafanstalten in Bismarck und in Tegel werden nicht etwa Ermittlungen gegen die Direktoren angestellt, die sich ganz offen auf Seiten der Kapp-Mitteln gestellt hatten, sondern gegen die Aufsichtsbeamten, die Vorgesetzten der Beamtenauschüsse waren, und

Das Urteil gegen die russische Liga.

Kopenhagen, 28. Mai.

Nach festigen Vortragsmedungen aus Stockholm wurde in dem großen Nordprozeß gegen die sogenannte russische Liga heute das Urteil gesprochen. Der Hauptangeklagte Oadjische wurde zum Tode verurteilt, die übrigen fünf Angeklagten erhielten Zwangsarbeit von 2½ bis 10 Jahren.

Es handelt sich um die Erlöse einer großen Anzahl von Agenten russischer reaktionärer Kreise gegen linksstehende Politiker und Angestellte der Sowjetregierung, deren Bekanntheit vor einigen Monaten das größte Interesse der schwedischen Öffentlichkeit erregte.

Polen'eindliche Ausschreitungen in Oberschlesien.

Am Freitagabend kam es in Beuthen vor dem Hotel Romm, dem Sitz der Weistiftungskommission, zu polenfeindlichen Demonstrationen. Fast sämtliche Fensterscheiben der unteren Geschosse sind zertrümmert, die Türen eingeschlagen worden. Zum Schluß wurde von der Menge in den unteren Räumen noch Feuer angelegt, so daß diese völlig austreteten. Der „Grenzzeitung“, dem Organ der nationalen Polen, wurden die Fenster eingeschlagen und die Maschinenräume vernichtet. Daraufhin machten die Polen in der Nacht einen Angriff auf die „Ostdeutsche Morgenpost“, wobei die Geschäfts- und Maschinenräume zerstört wurden.

Die Wachen haben 2 Tote und 12 Verwundete erlitten. Der Schaden beläuft Millionen. Die Meinung zeigt,

wolten der Nationalitäten führt. Die heutige deutsche Politik in Oberschlesien ist die Fortsetzung der alten Polaitenpolitik, die den Kampf zwischen Deutschen und Polen zur Folge hatte.

Russisch-finnische Friedensverhandlungen.

T.U. Helsingfors, 28. Mai.

Die finnische Regierung hat die russische Regierung gebeten, die Friedensverhandlungen zwischen Rußland und Finnland auf einnischem Gebiet stattfinden zu lassen. Diese hat sich hierzu bereit erklärt. Die Verhandlungen sollen in Darpat stattfinden.

Nach einem Telegramm aus Helsingfors haben die finnischen Operationen gegen die in Ostschlesien eindringenden Bolschewisten nun begonnen. Dienstag morgen trafen die ersten Blüchlinge von der Grenze in Rajana ein. Mittwoch morgen fand ein Zusammenstoß an der Grenze zwischen bolschewistischen und finnischen Truppen statt. Nach kurzem Kampfe zogen sich die Bolschewisten zurück.

Proklamation des unabhängigen Staates Lettland.

Ropenhagen, 29. Mai.

Das lettische Pressebureau meldet aus Riga: Am 27. Mai proklamierte die lettische Nationalversammlung einstimmig Lettland als unabhängigen Staat auf demokratischer Grundlage. Für diese feierliche Erklärung stimmten auch sämtliche lettischen Minderheiten, deutsche, russen und Juden.

die während der Putztagetrenn zur alten Regierung gehalten hatten. Das ist kein Wunder, wenn man berücksichtigt, daß die oberste Gewalt in der Strafverfolgung dem Herrn Generalstaatsanwalt Blaschke, dem Landmann und ersten Gefinnungs-genossen des Herrn Kopp, zusteht, der folgende Ver- fassung erließ:

Berlin, den 15. März 1920.

Im Auftrage des Herrn Justizministers ersuche ich, die Ihnen unterstellten Beamten darauf hinzuweisen, daß die Be- amten nicht freilich dürfen, sondern bei der heutigen schwierigen Lage mehr denn je auf ihrem Posten auszuharren und ihre Dienstgeschäfte zu verrichten haben, ferner, daß dieselbe Pflicht auch von Herrn Kopp vertreten wird.

Ich erwarte, daß jeder Beamte seine Dienstpflicht erfüllt und auf seinem Posten verharrt.

ges. Blaschke.

Niemand der unteren Gefängnisbeamten hatte dem Dienst verweigert, aber alle hatten erklärt, daß sie nicht im Dienst der Putzisten, sondern im Dienst der alten Regie- rung ständen, während die höheren Beamten sich offen auf die Seite der Putzisten stellten. Das tat der schon wieder- holt in breiter Öffentlichkeit gebrandmarkte Direktor Muntau in Alphenice, dessen berüchtigte Frömmerei ihn nicht hindert, Sekt, heißen und andere Marienwerkzeuge wieder einzuführen, das tat die Inspektoren Ebel und Geyb, das tat der Direktor Bruns in Topel.

Und dieser Generalstaatsanwalt Blaschke, der so offen seine Verbindung mit Kopp zugibt und dessen reaktio- näre alldeutsche Gefinnung so bekannt ist, daß sie die Schwärze vom Dach pfeifen — dem lag die Verfol- gung des Herrn Kopp ob! Weiter gehts mit dem Lohn auf unsere Rechtszustände im republikanischen Deutsch- land doch beim allerbesten Willen der geriebensten Reaktionäre wirklich nicht mehr. Statt daß die Republik sich dieser ihrer edelsten Stützen erwehrt, über deren reaktionäre, alldeutsche Verhöhnung im Amte die untergebenen Beamten seit Jahr und Tag vergeblich klagen, bestelt sie sie zu Gütern ihrer Einrichtungen und verhöhnt sich damit selbst. Auch das letzte Hindernis von Hoffnung und Vertrauen in den republi- kanischen Staat muß bei den ehrlichen Republikanern unter den Beamten schwinden, wenn Männer wie Blaschke und Muntau ihren reaktionären Terror trotz aller Unablässig- keit gegen sie erhobenen Angriffe ungemindert fortsetzen dürfen.

Aus der unendlich langen Reihe von höheren Beamten, die an ihrem heutigen Posten den republikanischen Staat gefährden und offenen Mißbrauch mit seinem Vertrauen treiben, seien noch folgende genannt: von der Ober-Post- direktion Berlin die Posträte Hartleben und Kopp, welche letzterer streifende Beamte sogar mit der Pistole bedroht hat. Dem neuen Finanzminister der so schon einen erfreulichen Anfang mit der Ablegung der ävankten Reaktionäre in den obersten Posten gemacht hat nur geraten werden, auf diesem Gebiete fortzufahren. Willeit unterhält er sich einmal jenseit mit den Herren Dr. Erythropel und Rosenthal seines Ministe- riums. Auch der Reichsbankpräsident von Havenstein und der Seehandlungspräsident von Dombold nicht minder wie der Direktor beim Reichstag, Geh. Regierungsrat Kungheim und der Direktor bei der Landesver- sammlung, Geh. Regierungsrat Blate sind allbekannte Träger des alten reaktionären Systems, die längst die Ruhe verdient haben.

An die Stelle des Regierungsrats Doyb, der sich trotz seiner Vererbung durch den Oberreichsanwalt offenbar sch- wohl fühlt, ist beim Polizeipräsidenten Berlin der Oberregie- rungsrat Wolf getreten, dessen reaktionäre Gefinnung und Befähigung sich nur in kaum wahrnehmbaren Graden von der seines beruflichen Vorgängers unterscheidet. Nicht uner- wähnt soll in diesem Vorbezug von reaktionären Staats- tütern auch der Direktor der Anstalt für Binnenfischerei

Prof. Dr. Schiemenz bleiben, der miltreischen Unter- beamten einfach das Gehalt vorenthält, und der Ingenieur- beamter Müller, der als Leiter der Seesehiffsverlehnungsanstalt in Friedrichshagen das Institut einfach im Stich ließ und selbst zur Flinte griff, um für Kopp einzutreten. Daß der Per- sonalchef der Staatsbühnen, Herr Goldammer, noch nach den Maximen der guten alten wilhelminischen Zeiten reagiert, ist auch im Ministerium für Kunst längst bekannt, soll aber wohl so sein, damit die republikanische Kunst nicht zu modern wird.

Gegen all die genannten Vorgesetzten haben die Be- amtenausschüsse, soweit überhaupt solche vorhanden sind, schon wiederholt Beschwerde geführt — und man weiß, daß ein preußischer Beamter, genau wie ein Rekrut, nur im Falle äußerster Verweisung zur Beschwerde schreibt. Einer der neun Punkte, die mit den Gewerkschaften vereinbart waren, betraf die Bestrafung der Begünstig- ten des Putzsches. Bei allen Verwaltungen ohne Ausnahme ist es anders gekommen: die Untersuchungsausschüsse sind ein öffentlicher Skandal geworden, indem die reaktio- nären Vorgesetzten diesen Anlaß benutzten, um diejenigen Unterbenen festzustellen, die sich als ehrliche republikanische Männer erwiesen haben. Diese werden dann mit dem Terror von oben sanktioniert und verfolgt und kommen auf die schwarze Liste für spätere Zeiten, wenn man wieder ganz unanisiert sein wird. Bei sämtlichen Verwaltungen ist nicht ein einziger Fall bekannt geworden, daß den allbe- kannten Putzschbegünstigern auch nur ein Härchen gekrümmt worden wäre.

Alle diese Zustände können nur geändert werden durch ein neues Beamtentrecht, durch die Demokratisierung der Ver- waltung, die die Beamtenschaft erkämpfen muß. Seit an- fang mit der Massenbewegung der Arbeiterbewegung. Bei den Wahlen müssen sich die Beamten daher zu denen stellen, die ernsthaft und ohne Fagen für die Umbildung des Be- amtentrechts eintreten, zu den Kandidaten der U. S. P.

Die Rechtssozialisten und die Todesurteile.

Worte, aber keine Taten!

Um die schlechte Stimmung der Parteifunktionäre der S. P. D. vor den Wahlen zu verbessern, betete die Verliner Parteileitung der S. P. D. in einer Versammlung am Freitag den gegenwärtigen Vorabend der Partei, Eduard Bernstein, mit einem Referat betraut. Es sei bei dieser Gelegenheit doch einmal daran zu erinnern, daß Eduard Bernstein den Rechtssozialisten doch nur das Mittel ist, die Wähler über den wahren Charakter der Partei zu täuschen. Wie man in Weltlichkeit über ihn in der Partei denkt, dafür hat der Weimarer Parteitag glänzende Zeugnisse beigebracht. Als Bernstein es damals wagte, einige kritische Bemerkungen über die Haltung der rechtssozialistischen Partei zu machen, fiel man in der Debatte mit Keulenschlägen über den unglücklichen Besenker her. Der jetzige preußische Minister- präsident Otto Braun erklärte unter der begeisterten Zustimmung des ganzen Parteitag: „Wir müssen mit Deutlichkeit hier zum Ausdruck bringen, daß Bernstein nicht nur in unsem Volk, sondern auch in der Partei ein Eindringling ist.“ Und der Gipfel wurde mit dem Ausschluß erreicht, der Bernstein's Trachten nach Wahrheit als „Wahrheitssimmel“ kennzeichnete und auch damit die Zustimmung des Parteitag erteilte.

Aber jetzt vor den Wahlen muß Eduard Bernstein die un- dankbare Aufgabe erfüllen, die Politik der Rechtssozialisten zu rechtfertigen. Das scheint ihm aber nicht gelingen zu sein, denn in der seinem Vortrage folgenden Diskussion kam eine heftige Diskussion über die Verhängung der Todesurteile durch Ebert zum Ausdruck. Auch Bernstein erklärte dann, daß die Verhängung der Todesurteile nicht zu billigen sei. Franz Krüger teilte zur Beschwichtigung mit, der Parteivorstand habe sich gegen die Verhängung der Todesurteile erklärt, und gemeinsam mit dem Vorkreisvorstand sich naturgemäß geäußert in der 8. Symphonie und im Endfah der Reunion und verliert ausklingend im „Lied von der Erde“. Der Dämon in Ausbrüchen des letzten Besenker er- reicht in der physisch-psychischen Erstickung, die aus den infer- nalen Klängen Mahlers hervorbricht, erst seine Auswirkung; die katholisch feierliche Gewalt Bruckners in „Hör- und Streicherchor“, die titanische Überdimensionalität Wagner auf der Orgel wird bei Mahler orchestral und choral zum kosmischen Gesang der Sphären, Silbige Läuterung kristall in den letzten Symphonien aus den überirdischen Klängen ewigleitendendet, schäpferlindernder Inbrunn.

Widern Rengelberg — seine eiserne Taikraft, die in 25jähriger, unerschütterlicher Arbeit des Concertgebouw-Orchesters zu denkbarster Leistungsfähigkeit ergogen hat, steht seiner anerken- nungsvollsten Wirksamkeit im Absang des Amsterdamer Mahler- festes ein musikalisch-denkmal. Es wurde ein interna- tionaler Mahler-Bund gegründet, dessen Ehrenvorsitzender Rengelberg ist und zu dessen Vorsitzenden Arnold Schoen- berg gewählt wurde.

Fritz Frid. Windisch.

Julius Caesar" im Großen Schauspielhaus.

Die Erstaufführung am 28. Mai.

Was beim „Hamlet“ mißlingen mußte, ist Max Reinhardt beim „Julius Caesar“ gelungen: Shakespears ist dem Theater der großen Masse geworden. Die Gründe für den Erfolg sind für den Theaterbesucher einleuchtend. Das Große Schauspielhaus hat seine Wirkungen für die Innerlichkeit Shakespears, die Arena ist nicht der Raum für dramatische Psychologie. Die Einheit des Wortes geht bei so großen Dimensionen verloren. Eine Tragödie aber, die, wie die „Julius Caesars“, auf die große höhere theatralische Handlung gestellt ist, deren Mittelpunkt die gemaltigste aller Volkredend ausmacht, bietet die Möglichkeit, die ein solches Theater auszunutzen imstande ist. Max Reinhardt nutzt sie aus, nicht sie meist zu viel aus, und man kann ihm den allein, stolgen Vorwurf nicht ersparen, daß er mehr Theater macht, als selbst diese Höm- ertragbare betragen kann. Eine Arena sah viel Volk, sie reizt dazu, Massen auf- und niederstürmen zu lassen, aber es tut nicht gut, wenn der Regisseur die Tragödie über seiner Freude an der Be- regung von Massenmassen, und das Wort des Dichters über seiner Lust am Abstimmen des Theatervolkslärm vergißt. Das ist geschehen und alle alles verdorben, wenn nicht einzelne Szenen mit einer so überaus großen Monumentalität in den Raum gestellt worden wären, daß man ob dieser Taten die Untat vergah. Die Ermordung Caesars auf dem Capitol, sein Stürzen vom Thron den Senatssaal hinab, sein Todesstöhnen von Dolch zu Dolch war szenisch von so erschütternder Wirkung, wie sie der beste Schau- spieler ohne die Hilfe eines genialen Regisseurs niemals hätte

Schritte (?) unternommen, um eine tatige Mitarbeit der außerordentlichen Kriegsgerichte und des Belagerungszustandes durchzuführen.

Die Versammlung war anscheinend mit diesen Worten, die mit den entsprechenden Taten der Rechtssozia- listen im schärfsten Widerspruch stehen, zufrieden, und ging resultatlos nach Hause. Die Versammlung lieferte also erneut den Beweis, daß die rechtssozialistische Partei ganz nicht daran denkt, den Kampf gegen diejenigen Führer aufzu- nehmen, die durch die Beschäftigung von Todesurteilen, die Auf- rechterhaltung des Belagerungszustandes und der Kriegsgerichte sich in schärfster Weise an den Grundfragen des Sozialismus ver- gehen.

Zweiterlei Maß!

Das Reichswehrministerium ließ am Freitag in der Pressekonferenz mitteilen, es stehe auf dem Standpunkt, daß die Verfassung auch den Soldaten das Vereinsrecht ge- währe. Deshalb könne gegen den „Frontbund“ nicht ein- geschritten werden. Es sei aber geplant, dem Reichstag ein Gesetz vorzulegen, das dieses Vereinsrecht einschränke.

Wir stellen demgegenüber fest, daß daselbe Reichs- wehrministerium, das gegen den „Frontbund“ keine Mög- lichkeit zum Einschreiten sieht, dulndend und billigend zu- läßt, daß bei unzähligen Truppenteilen die Mitgliedschaft bei dem „Republikanischen Führerbunde“ verboten wurde.

Einer Erläuterung bedarf diese verschiedene Bewertung gleicher Handlungen nicht, da die Öffentlichkeit längst weiß, daß die Träger der Macht im Reichswehrministerium nicht das Recht, sondern poli- tische Erwägungen entscheidend sein lassen. Im übrigen haben wir aber zu bemerken, daß der Versuch der Einschränkung des Vereinsrechts für Berufssoldaten ebenso den Widerspruch der Unabhängigen Sozialdemokratie finden wird, wie der Raub des Wahlrechts. Denn alle diese Maß- nahmen verfolgen nur den Zweck, die Masse der Soldaten den reaktionären Führern auszuliefern.

Wer lügt?

Gestern abend erklärte Dr. Hefferich in einer deutsch- nationalen Versammlung, als er auf den Rapp-Butsch zu sprechen kam, die Regierung Bauer habe entgegen ihren Versicherungen, daß sie mit Aufständern nicht verhandle, tatsächlich mit der Rapp-Regierung nicht nur verhandelt, sondern auch eine Verständigung erzielt, und zwar eine schriftliche. Diese Mitteilung ist geeignet, das größte Auf- sehen zu erregen, wenn sie dokumentarisch bewiesen werden kann. Weßhalb haben die Wintermänner des Rapp-Buttsches es bisher unterlassen, die schriftliche Vereinbarung mit der Regierung Bauer zu veröffentlichen? Und weßhalb sagt Herr Dr. Hefferich kein Sterbenswörtchen über den Inhalt dieser Vereinbarung?

Bevor die Deutschen nicht mit näheren Einzelheiten herausbräden, wird man der Erklärung Dr. Hefferich's nur das größte Mißtrauen entgegenbringen müssen.

Die Geschäftsleitung des französischen Eisenbahnerbundes hat die Wiederaufnahme der Arbeit am Sonnabend morgen be- schlossen.

Glücksfonds für russische Schriftsteller und Gelehrte. Seit An- fang Mai besteht in Berlin eine Abteilung für Deutschland des „Amerikanischen Glücksfonds für russische Schriftsteller und Ge-lehrte“. Die Abteilung hat den Zweck, in Deutschland zurzeit befindlichen russischen Schriftstellern und Gelehrten und Familien derselben ohne Unterschied von Nationalität und Parteigebörig- keit Hilfe zu leisten. Anfragen und Gesuche sind an den Vor- sitzenden Dr. J. Dessen, Berlin-Charlottenburg, Dahlmann-straße 82, zu richten.

Amerikanischer Militarismus. Wie aus Washington gemeldet wird, haben die Mitglieder der Ausschüsse des Senats und des Repräsentantenhauses sich gestern über den Gesandtschafts- zur Reorganisation des Heeres geeinigt; es ist darin ein Heer von 250 000 Mann mit 17 800 Offizieren vorgelesen.

Schaffen können. Ihr nahe kam nur die große Volkszene vor der Leiche Caesars, in der es Max Reinhardt verstand, die Masse meisterlich zusammenzufassen und zu führen.

Sehr erfreulich war die Mischung in der Farbe, die Rein- hardt, oder besser Ernst Stern, bei seiner Inszenierung geblü- hat. Das uniforme Weiß der Togen, von Purpur unterbrochen, und gehoben durch ein ebenfalls gleichmäßiges Grau für die Massen gab ihnen einheitlichen Stil für die römischen Wälder.

Schauspielerisch hat Max Reinhardt seinen besten Stab auf- gegeben, und dennoch ist das Wort Shakespears so kurz ge- kommen. Werner Krauß spielte einen Caesar voller kaiserlicher Etiket, ohne die Größe, die ihm Shakespeare gegeben hat. Alexander Moissi, der Rote Anton, war dagegen ganz der wortgelehrte, redelichere und geschmeidige Römer der Tragödie. Seine Stimme bezwang und erschmelzte an der Wache Caesars den Weisheit, der den Erfolg des politischen Schauspielers ausmacht. Er sprach in der Tat den Veritas Wilhelm Dietrichs aus. Aber dieser Veritas bedeutete nicht desto weniger eine der stärksten Lei- stungen des Abends. Dietrich gab ihm eine Wucht und Stärke, wuch so sehr vom Freunde Caesars zu seinem Todfeind, daß die Ge- stalt völlig das herkömmliche Wiedertum verlor. Das Emil Jennings einen mehr als guten Cassius, Agnes Strauß eine starke Calpurnia, Alle Welt eine gute Portia boten, braucht kaum gesagt zu werden.

Heinrich Steindorff

Trübsinn. Die Premiere von Oskar Wildes „Sun- daria“ in der „Tribüne“ ist auf Dienstag, den 1. Juni, abends 7 1/2 Uhr, festgesetzt.

Das Neue Volkstheater spielt bis zum Dienstag, den 1. Juni, täglich Ludwig Rubiners „Die Gemaltlofen“. Am Mittwoch, den 2. Juni, eröffnet es seine Sommerpielzeit mit der „Waise“ von Karl Lauff.

Theater des Westens. Am 1. Juni findet die Erstaufführung des Schwanke „Der Scherz nach dem Rind“ von Carl und Engel statt.

Deutsches Künstler-Theater. Am 1. Juni findet die Erstauf- führung des Schwanke „Die bessere Hälfte“ von Arnold und Bach statt.

Im Graphischen Kabinett J. B. Neumann wird die Ver- anstaltung „Neues Paris“ am Sonnabend, den 29. Mai, ge- schlossen. Am 1. Juni erfolgt die Eröffnung der „Plakat- Ausstellung von Johannes Schiffer“.

Bei Hans Gassner wurde am Freitag, den 28. Mai, die Aus- stellung von Zeichnungen und Radierungen von Paul Sie- rogt geschlossen. Vom Donnerstag, den 3. Juni, ab werden Ge- mälde und Zeichnungen von Maxim Bloch, Gemälde von Wil- h. Romal und Raurelle von Augusta von Alchemie ausgestellt.

Vorbereitungen für den Putz.

Das Landesfinanzamt regelt die Verpflegung.

Während die konterrevolutionären Militärs allerorts an der Arbeit sind, um die Organisation zur Durchführung des Rechtsputzes schlagfertig zu machen, schlafen auch die Regierungsämter nicht. Das Landesfinanzamt hat sich die Aufgabe gestellt, die Verpflegung der Putzschichten zu sichern, und hat in weiser Voraussicht schon unter dem 6. April 1920 folgende Verfügung erlassen:

Um im Falle eines neuen Zwecks und bei größeren Truppenzusammenschüngen die Verpflegung der Truppen und Lazarettfähigerzustellen, wird folgendes angeordnet:

1. Das erforderliche Maschinen- und Mühlenpersonal (für die Mühle drei Schichten zu je 1 Ooermüller, 1 Maschinenschreiber, 4 Mühlensoffiziere, 1 Feiger, für die Bäckerei 3 Schichten zu je 1 Maschinenist) ist unmittelbar bei der Technischen Ratkassa, hier, Kurfürstendamm 193/94, Amt Stelnplatz 14/123, die von hier aus benachrichtigt zu werden.

Die Ueberweisung des übrigen Personals (für die Bäckerei 3 Schichten zu je 60 Bäckern, 4 Arbeitern, für die Hauptvermahlung 50 Arbeiter, für Mehl 40 Arbeiter, für Tempelhof 60 Arbeiter, für Bellevue 10 Arbeiter und für Döberitz und Jossen je 12 Arbeiter) wird auf unmittelbare Anforderung von dort durch das Wehrkreis-Kommando III veranlaßt werden.

2. Zur Sicherstellung der Wasser- und Wasserdampfversorgung ist wegen vorläufiger Vereinfachung der erforderlichen Druckpumpe sofort mit einschlägigen Firmen in Verbindung zu treten und über das Ergebnis zu berichten.

3. Da der Bleichhof bei seiner exponierten Lage bei Unruhen als Ausgabe nicht in Frage kommt, sind bei den Verpflegungsstellen Mehl und Tempelhof möglichst bald je 500 000 Verlitern Mehl- und Zuckerlagerungen anzulegen. Ausgaben aus dem Lager Alexanderplatz und Lagerhaus Tempelhof müssen bemittelt werden.

4. Vorkaufsmittel sind künftig nur noch bei den Reichsverpflegungsstellen Mehl und Tempelhof zu veranschlagen.

5. Döberitz und Jossen müssen reichlich mit Verpflegungsvorräten ausgestattet werden, dort ist möglichst ein 20tägiger Vorrat für eine Verpflegungshälfte von je 8000 Köpfen und 2000 Pferden niederzuliegen. (Nach Anweisung.) Die Zuteilung einer Wehrreserve ist beim Reichsfinanzministerium beantragt worden. Soweit die Lagerdüme es zulassen, soll in Döberitz und Jossen eine Wehrreserve von je 50 Tonnen dauernd vorrätig gehalten werden.

6. Die Verfügung vom 7. 11. 19 Kr. 143. 11. E. wird in Erinnerung gebracht, wonach beim Eintreten der Unruhen Maßnahmen zu treffen sind, daß ein Verpflegungskompagnie auch außerhalb der festgesetzten Dienststunden schnell und glatt von Station geht.

An das Reichsverpflegungsamt, Berlin.

Bez. Domino.

Unter dem Vorwand, bei „Streiks und Unruhen“ die Verpflegung der Truppen sicherzustellen, begünstigt das Landesfinanzamt das Unternehmen der Konterrevolution. Denn nur dieser kommen die riesigen Vorräte, die das Landesfinanzamt aufhäufen läßt, zugute. Bei einer so tatkräftigen Unterstützung der monarchistischen Gegenrevolution durch republikanische Regierungsämter kann der große Schlag mit der besten Aussicht auf Erfolg geführt werden.

Die Ermordung Hans Baasche.

In der „Vossischen Zeitung“ veröffentlicht ein genauer Kenner der persönlichen und beruflichen Verhältnisse über die Ermordung Hans Baasche eine längere Darstellung, aus der ebenfalls mit deutlicher Klarheit hervorgeht, daß Baasche das Opfer eines vorbedachten Mordplanes geworden ist. Der Mord wurde militärisch-geheimlich so vorgenommen, daß er gar nicht anders enden konnte, wie er gelaufen ist. Von besonderer Wichtigkeit ist aber folgender Hinweis in der Darstellung der „Voss. Ztg.“:

Die Tat ist am 21. Mai geschehen, an demselben Tage, von dem der Erlass des Reichspräsidenten datiert ist, durch den die auf Grund des Artikels 48 der Verfassung erlassenen Ausnahmemaßnahmen auch für die Rechte der früheren Provinzialparlamente und Wahlen, also gerade auch für den Wahlkreis Waldräden aufgehoben sind. An diesem Tage wurde also nach allgemeiner Rechtsauffassung überhaupt ein militärisches Aufgebot gegen einen Bürger des Deutschen Reiches nicht mehr stattfinden. Die ganze militärische Handlung war rechtswidrig und verstoß gegen die Verfassung. Zu einer Durchsuchung auf Waffen hätten zwei Kriminalkommissare und ein Grenadier mehr als genügt, da auf dem Gute und speziell im Haus und Hof überhaupt nur drei waffenfähige Männer vorhanden sind.

Was sagt die Reichsregierung, was sagt das Reichswehrministerium dazu? Und wie ist es möglich, daß der Name des beschuldigten Offiziers, der die Postenkette aufstellte, noch immer nicht ermittelt ist?

Im Bericht des Regierungspräsidenten in Deutsch-Krone heißt es, daß nach den Mitteilungen des Wehrkreis-Kommandos 11 und 111, daß auf Baasches Gut Waffen und Munition für einen Kommunistenputz untergebracht seien, eine Untersuchung des Gutes notwendig erschien. Eine Festnahme war nicht angeordnet, sondern erst nach Bestätigung des Verdachts durch die Hausführung in Aussicht genommen. Auch aus der Darstellung des Regierungspräsidenten geht hervor, daß es sich um ein selbständiges Vorgehen der Reichswehresoldaten bzw. Kreis-Wehrstelle handelt, die diese Gelegenheit benutzte, den verdächtigten und schon lange auf dem Verdacht stehenden Baasche endlich um die Gasse zu bringen.

Was auch die ferneren Untersuchungen ergeben mögen, für uns ist diese Tatsache völlig klar. Es wird in der Reichswehr nach wie vor mit denselben Mitteln gearbeitet, ganz gleich, ob Kasse oder Wehrkreise verantwortlich zeichnen.

Französische Kriegsbilanz.

Offiziell gab André Lardien in einer Versammlung in Paris die Bilanz des französischen Krieges bekannt, den er, wie „L'Humanité“ sagt, „begrißt, vorbereitet und verlängert hat zusammen mit seinen Verbündeten im Imperialismus auf der anderen Seite des Meeres“. Danach sind auf französischer Seite 1 400 000 Soldaten getötet, 800 000 verkrüppelt und 2 Millionen verwundet worden. 8 1/2 Millionen Menschen sind mobilisiert und aus ihrer friedlichen Arbeit herausgerissen, 16 Proz. davon sind getötet worden, darunter waren 57 Proz. unter 32 Jahren.

Der Krieg hat Frankreich 900 Milliarden gekostet; für Artillerie sind 48 Milliarden ausgegeben worden, für die Ausrüstung der Truppen 80 Milliarden, für Aerial-Verkäufung 10 Milliarden, für die Ernährung der Truppen 15 Milliarden und für die Verpflegung 12 Milliarden.

11 Milliarden getötet. 1914 hatte Frankreich 55 Milliarden Schulden und keine äußeren; jetzt hat es 178 Milliarden innere und 33 Milliarden äußere Schulden.

Das ist die Bilanzrechnung eines Staates, der aus dem imperialistischen Ringen als „Sieger“ hervorgegangen ist!

Heuchelei der Kaffeeanaiter.

Durch die bürgerliche Presse rauft noch immer die Enttäuschung über die Genossin Juch, die es gewagt hat, in ihrer letzten Rede in der Nationalversammlung die Greuelthaten deutscher Soldaten mit den Schandtaten der von Frankreich verwendeten schwarzen Besatzungstruppen in Vergleich zu stellen. Die Rede wird als ein Verbrechen am Deutschtum und an der weißen Rasse ganz allgemein hingestellt, und selbst die rechtssozialistische Partei, die sich wohl nicht mehr daran erinnert, daß sie in vergangenen Zeiten auch einmal die Gleichheit alles dessen, was Menschenanständig trägt, proklamiert hat, läßt sich von ihren weiblichen Mitgliedern Protest-Resolutionen annehmen.

Revolutionär müßt ihr wählen!

National sollt ihr wählen! rufen die bürgerlichen Parteien. Deutschland hat stets eine „nationale“ Reichstagsmehrheit gewählt. — Und der Erfolg?

Die „Nationalen“ haben mit dem Gelde der Steuerzahler das Betrüsten veranstaltet. Sie haben uns in den Krieg mit seinem unangenehmen Jammer hineingetrieben.

Die Nationalen bleiben bei ihrer Politik, sie halten fest am Kapitalismus, an der Ausbeutung, daher die Teuerung, die furchtbare Not.

Wer national wählt, darf sich nicht wundern, wenn das Brot ständig teurer wird, wenn er Fleisch auf seinem Tische kaum mehr sieht, wenn er arbeitslos wird und schließlich im Elend verkommt.

National wählen nur die Besitzer der Geldsäcke, die Schlemmer, die Praeser, die Nichtstuer.

Die Frauen, die Männer des arbeitenden Volkes stimmen nur für die Partei, die den Kapitalismus als ihren Todfeind bekämpft, und das ist nur die

U. S. P. D.

Sehr zur rechten Zeit übernimmt nun die „Deutsche Tageszeitung“ von dem „Grenzboden“ den Bericht eines während der Kriegszeit im Innern Neu-Guineas festgehaltenen Hauptmanns Dehner, der ohne es zu wollen, die ganze Heuchelei dieses Enttäuschungssturmes der Kaffeeanaiter ins rechte Licht rückt.

Herr Dehner wußte sich nicht genug zu tun in Lobreden auf die Güte und Treue der Papua-Regen. Er erzählt, wie sich das gesamte Volk des Kaiser-Papua-Staates sofort auf seine Seite gestellt und die westwärts siedelnden Dube und Vortom veranlaßt habe, seinem Beispiel Folge zu leisten. Die Beziehung zur Verantwortlichkeit und zum Deutschtum, ein Teil des Sattelberger Missionars Chr. Reysler, der über 15 Jahre in diesem Gelste unter den Eingeborenen dieser Gegend gewirkt hatte, sollte die herrschenden Früchte tragen. Immer wieder hebt der Hauptmann hervor, wie sich der Stamm der Papua glänzend bewährt habe, und er rühmt, daß sie ihm noch zum Abschied Geschenke brachten, darunter eine mählig gesammelte Geldsumme, die ein Beitrag zu einem Denkmal für die gefallenen deutschen Krieger darstellen sollte.

Die „Deutsche Tageszeitung“ versteht die rührende Erzählung mit der Ueberschrift: „Die Wilden sind doch bessere Menschen“. Aber selbstverständlich gilt diese Feststellung nur für diejenigen Wilden, die sich als deutsche Untertanen fühlen und Beiträge zur Errichtung von Kriegerdenkmälern leisten.

Deutschnationale Wahlkisten.

Vom Genossen Wegmann wird uns geschrieben:

In der Gassenheide fand gestern in der „Neuen Welt“ eine Versammlung der Deutschnationalen Volkspartei statt. Die Teilnehmer der bei Niems stattfindenden Versammlung der U. S. P. sowie im Nebenraum stattfindenden Versammlung der Syndikalistischen begaben sich nach Schluß ihrer Versammlungen in die deutschnationale Versammlung. Der Referent Wulle erging sich in seinen Ausführungen in den demagogischen Redewendungen und rief natürlich einen Sturm der Entrüstung und sehr viele Applausrufe hervor. Mein Ersuchen an den Vorsitzenden, mir für eine halbe Minute das Wort zu gestalten, um Ruhe zu schaffen, wurde vom Vorsitzenden abgelehnt. Ein hinter ihm sitzendes Parteimitglied der Deutschnationalen Partei sagte, daß wir haben ja Polizei hier. Er schreie überhaupt nicht mehr auf meinen Anspruch und die Versammlung tagte weiter, bis der Tumult derartiges Formen annahm, daß eine weitere Tagung unmöglich erschien. Erst dann wandte sich der Vorsitzende mit dem Ersuchen an mich, das Wort zu erheben und die Ruhe herzustellen. Ich kam diesem Ersuchen nach und es gelang mir, die Ruhe herzustellen, so daß der Referent seine Rede beenden konnte.

Darauf erhielt ich das Wort und konnte bei natürlichem festem Widerspruch seitens der deutschnationalen Versammlungsteilnehmer doch in verhältnismäßiger Ruhe meine verabschiedete Redezeit von 1/2 Stunde einhalten. Als ich dann noch ein Redner der U. S. P. zum Wort gemeldet hatte und nunmehr ein großer Teil der Deutschnationalen den Saal verließ, erschien plötzlich ein großes Bakauto-Rabibehelmer-Sicherheitswehr, die mit gefülltem Gewehr in den Saal zog und die Bühne beleuchtete, worauf sich die Versammlung in aller Ruhe auflöste. Irrendweiche persönlichen Angriffe oder Fälligkeiten, die Anlaß zum polizeilichen Einschreiten hätten geben können, haben nicht stattgefunden. Der Ausspruch eines der Versammlungsteilnehmer, daß „Polizei anrufen“ scheint zu beweisen, daß man sich vorher mit der Polizei verständigt hatte.

Die Landwirte triumphieren.

Der Präsident des deutschen Landwirtschaftsrats, Freiherr von Schorlemer-Nieker, erklärt anlässlich der Aufhebung der Zwangswirtschaft für Kartoffeln die Kultur an die Landwirte.

„Der erste Grundstein aus dem Gebäude der öffentlichen Wirtschaft ist gefallen. Die Kartoffel, dasjenige Zeugnis, dessen Zwangswirtschaft die Landwirtschaft mit unmeßigen bedrückt hat, wird von jeder weiteren Bewirtschaftung frei, wenn die deutsche Landwirtschaft bis zum 1. August 6 Millionen Tonnen Speisekartoffeln auf dem Wege des Lieferungsvertrages sicherstellt. Dies wird und muß gelingen!“

Wir verstehen diese Begeisterung der Landwirte für das neue Wirtschaftssystem, denn es sichert ihnen bei dem Abschluß von Lieferungsverträgen bereits jetzt einen um 5 Mark/den Centner höheren Preis, und selbst bei den größten Wätern nur die Verpflichtung zur Ablieferung von knapp der Hälfte des Durchschnittsertrages der Ernte.

Polenfeindliche Kundgebung in England.

H. N. London, 29. Mai.

Am Montag fanden vor der polnischen Gesandtschaft in Rom von Arbeiterkundgebungen gegen den neuen Krieg mit Sowjet-Rußland statt.

Eine Erklärung der tschechischen Linkssozialisten.

Prag, 28. Mai.

Die Abgeordneten und Senatoren der tschechisch-sozialistischen linken Richtung veröffentlichen eine Erklärung, in der jede Beteiligung an einer Koalition mit den bürgerlichen Parteien verurteilt, der Zusammenbruch aller sozialistischen Elemente im Parlament, sowie der eheste Anschluß an die dritte Internationale verlangt, und die Arbeiterschaft aufgefordert wird, sich auf die Uebernahme der äußeren Gewalt vorzubereiten und den Ausbau des Rätesystems zu leiten.

Die das Pravo Lidu mittelst, wurde zum Obmann des gemeinsamen Klubs der sozialdemokratischen tschechischen Abgeordneten und Senatoren Abgeordneter Remeč, zum geschäftsführenden Obmann des Abgeordneten-Klubs Abgeordneter Štávin gewählt.

Die südafrikanische Arbeiterschaft ruft.

H. N. London, 29. Mai.

Der Hauptauschuß der südafrikanischen Arbeitervereinigungen hat den Gedanken eines Generalstreiks erwogen, wenn die Regierung nicht sofort zur Verstaatlichung der Steinkohlen- und Goldgruben übergehen sollte. Die verlangte Verstaatlichung soll mit allen Mitteln betrieben werden.

Aus der Parteipresse.

Die soeben erschienene Nr. 22 der von Dr. Hub. Dreißfeldt herausgegebenen unabhängigen sozialdemokratischen Wochenzeitschrift „Der Sozialist“ enthält folgende Beiträge: Soziale Kritik im Zentrum von Joh. Krehen; Militarismus und Gegenrevolution von Emil Rabold; Reorganisation des Ruhestandes von Hugo Ziemann; Die Regierungsbildung in der Tschechoslowakei von Josef Selina; Die Bedeutung des Bildungswesens im österr. Reich von R. Wagner; Randbemerkungen zum Thema „Kultur und Proletariat“ von Richard Seidel. — „Der Sozialist“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, durch die Post oder durch den Verlag Z. Dreißfeldt, Berlin W. 15 zum Preise von vierteljährlich 10 M., Einzelnummer 1 M., zu beziehen.

Gewerkschaftliches.

Die Bädereigenen gegen die Kontingentierung.

Die Bäder und Konditionen Groß-Beckins waren am Freitagabend in einer vom Zentralverband der Bäder und Konditionen nach den Germania-Hallen einberufenen öffentlichen Versammlung zahlreich erschienen, um gegen die von einigen Großfabriken und auch von der Konsumgenossenschaft Berlin und Umgebung erhobene Forderung nach Aufhebung der Kontingentierung im Bädereigenen (Berichtsgewinnung des Reiches auf die Gefellenszahl) zu protestieren.

Wie der Referent H. H. Schald ausführte, liegt in der Aufhebung der Kontingentierung die Arbeitslosigkeit von Tausenden von Bädereigenen. Derartige zu dieser Arbeit, die Kontingentierung aufzugeben, sei die Höhe der Eingabe der Großfabriken, der sich leider auch die Konsumgenossenschaft angeschlossen habe, worin diese behaupten, daß durch Beseitigung der Kontingentierung das Brot billiger werde. Was es damit an sich habe, zeige uns Hamburg, wo auf Drängen der dortigen Fabrikanten unter denselben Versprechungen die Kontingentierung beseitigt wurde und heute der Brotpreis 15 Pfg. höher sei, als in Berlin bei der Kontingentierung. Preislose Ausübung ihres Betriebes, rechtliche Ausbeutung der Bädereigenen sei der wahre Grund des Antrages. In den Kriegsgewinnen wolle man weitere Profite häufen. Die Kontingentierung in Bädereigenen und Konditionen sei geschaffen zugunsten der Beseitigung der Kriegsgewinne, im Geste und in der gleichen sozialen Absicht der Demobilisierungsbemühungen. Die natürlichen Nebenwirkungen der Kontingentierung sei die im Volkinteresse liegende genaue Berechnung des Unternehmergewinns. Wenn dies in allen Betrieben möglich gewesen wäre, würden nicht auf Kosten des Volkes bis 60 Proz. Aktionär-Dividenden gezahlt und tausende Arbeitslose wäuten weniger sein. Praeser tschechisch-Sozialismus (nicht aber Volkstreuhand) sei die Triebfeder der Großfabrikanten gegen die Kontingentierung, deren Beseitigung mindestens die Hälfte der Bädereigenen brotlos und zu Arbeitslosen machen würde. Die Verletzung der öffentlichen Gewerkschaftsfürsorge würde die in Wirklichkeit 5 Pfennig betragende Brotprozentverbilligung durch Steuerbelastung doppelt ausgleichen, 10 Pfennig erhöhen.

Aus den weiteren Ausführungen des Referenten ging aber doch hervor, daß durch die Kontingentierung unproduktiv gearbeitet wird. Während die Fabrik der Konsumgenossenschaft 20 Sad Mehl und mehr pro Arbeiter und Woche verarbeiten kann, erhalten die kleinen Betriebe im Durchschnitt 8 Sad pro Arbeiter zugewiesen. Gälten wir eine sozialistische Wirtschaftsordnung, so wäre unser Standpunkt in dieser Frage sofort gegeben. Den Interessen der Allgemeinheit müssen die Interessen einzelner Berufsklassen untergeordnet werden. Doch ist den Bädern zu glauben, daß heute nur die Unternehmer aus der Beseitigung der Kontingentierung Gewinn ziehen würden. Da der Wätereigen nur 5 Prozent des Brotpreises beträgt, ist die Versteuerung durch die unrationale Produktion nur gering, und die Auffassung der kleinen Betriebe durch die großen würde wahrscheinlich zunächst nicht den Konsumenten zugute kommen. Poauerlich ist, daß diese Frage zu einem scharfen Gegensatz zwischen der Gewerkschaft der Bäder und der Konsumgenossenschaft geführt haben. Das gemeinsame Endziel müßte zu einem Verleben des gemeinsamen Standpunktes und ...

Wochen, die im Interesse der Arbeiterbewegung dringend zu wünschen wäre.

Die Versammlung nahm zum Schluss eine Resolution im Sinne des Referats an, worin bedauert wird, daß auch amtliche Stellen im Reichsarbeitsamt und Reichsarbeitsministerium den Einführungen der Großbäder-Unternehmer Vorschub leisten und Remunerationen und sogar Verfügungen erlassen, ohne die am meisten interessierte Arbeiterorganisation, deren Mitglieder die Leidtragenden solcher schnellen Entschlüsse sind, auch nur befragt zu haben.

Chemische Industrie

Der Schlichtspruch über den neuen Tarifvertrag für die Angestellten der chemischen Industrie ist durch das Reichsarbeitsministerium gefällt worden und mit großer Mehrheit von den Angestellten, als auch vom Arbeitgeberverband der chemischen Industrie angenommen worden.

Die erstmalige Gehaltszahlung muß auf Grund des neuen Tarifvertrages schon zum 31. Mai erfolgen.

Sum Streit der Feisarschiffen. Es wurde irrtümlich ein Steuerbescheid über den Hobböcker Hof, Potsdamer Platz 1, abgegeben. Wie widerrufen dieses. Die Zentraldirektion.

Groß-Berlin.

Wählerlisten für die Stadtverordnetenwahl einsehen!

Der Magistrat Charlottenburg legt die Wählerlisten für die Stadtverordnetenwahl vom Sonntag, den 30. Mai, bis einschließlich Sonntag, den 6. Juni, ab zur Einsicht aus, und zwar am Sonntag, den 30. Mai, von 10 bis 12 Uhr und an den Wochentagen von 12-7 Uhr. Die überrichtige Übertragung der Stadtverordnetenwahl liegt den Gemeindevorständen für die Aufstellung der Stadtverordnetenwählerliste bei zu wenig Zeit, so daß von dort herein mit Fehlern in der Wählerliste gerechnet werden mußte. Um so notwendiger ist es für jeden Wählerberechtigten, die Wählerliste einzusehen. Die Charlottenburger Stadtverordneten-Wählerliste ist an folgenden 5 Stellen ausgelegt: Turnhalle der Himmels-Tempel-Schule, Sandelmannstraße 26-28, Gemeindefabrik V, Kaiserin-Augusta-Allee 74, Wohnamt, Rathaus, Berliner Straße 72-73. Märkischer Canal, Turnhalle der Gemeindefabrik I und II, Pöhlitzstraße 89-90, Turnhalle der Gemeindefabrik VII, Jockymittelstraße 31-32. Aus Anträgen an den Säulen ist zu ersehen, welche Straßen zu den einzelnen Auslegungsjahren gehören.

Wer nicht in die Wählerliste eingetragen ist oder eine Aufbesserung erhält, den Nachweis zu führen, daß er länger als ein Jahr in Charlottenburg wohnt, kann, wenn das der Fall ist, diese Mitteilung an den Vorstand unserer Partei in Charlottenburg gelangen lassen. Dieser wird dafür sorgen, daß der Betroffene in die Wählerliste eingetragen wird, so daß ihm sein Wahlrecht, Besuchs von Lohn und dergleichen nicht zu entziehen brauchen.

Antisemitische Ausschreitungen.

Vor dem Gebäude der Hochschule für Musik, an der Ecke der Hardenberg- und Paradenstraße, kam es am gestrigen Freitagabend während einer deutsch-nationalem Wählerversammlung, wo Jüdisch sprach, zu Ausschreitungen. Jüdische ausführende Passanten, die an der Hochschule vorbeigingen, wurden angehalten und belästigt. Einige jüdische Damen gerieten in eine so bedrückende Lage, daß schließlich die Sicherheitspolizei eingreifen mußte und

die Damen in Schutz nahm. Auch noch Schatz der Versammlung kam es in der Hardenbergstraße und in der Umgebung des Zoologischen Gartens zu Schlägereien und antisemitischen Zwischenfällen.

Neuer Tuberkulosefürsorge in der Praxis berichten wir in Nr. 105 der „Freiheit“ und schilderten dabei, wie ein Kriegsbeschädigter sich verheißend bemüht hat, von der Berliner Kriegsbeschädigtenfürsorge Heilbehandlung für sein Lungenerleid zu erlangen. Der Magistrat Berlin hat nun den Fall untersucht und das Medizinamt der Stadt Berlin hat daraufhin einen längeren Bericht eingeleitet, der eine Rechtfertigung sein soll. Der Bericht muß aber zugeben, daß der Kranke von Professor Dr. Kämpfer zwar untersucht ist, wobei festgestellt wurde, daß ersterer an ziemlich vorgeschrittener Tuberkulose leidet; die beantragte Behandlung sei aber nicht erforderlich und nicht ratsam. Das hatten wir am 3. April gerügt. Nun stellt der Bericht selbst fest, daß der Patient auf seinen Antrag erneut am 17. April von dem Stellvertreter des Herrn Professor Dr. Kämpfer, Herrn Professor Dr. Kuttner, untersucht worden ist, der offene Tuberkulose feststellte und eine pneumothorax Heilbehandlung in einer der städtischen Heilanstalten empfahl. Wie angesichts dieser Tatsache der Bericht zum Schluß sagen kann, daß unsere Schilderung mit der Wirklichkeit nicht übereinstimmt, ist uns schwerwiegend. Eine derartige Berichterstattung sollte sich der Magistrat entschieden verbieten.

Ertragsteuern von 10 Pfund Kartoffeln. Die Zufuhren von Kartoffeln sind in den letzten Tagen derartig reichlich gewesen, daß in den Vororten in der nächsten Woche eine Sonderausgabe von 10 Pfund Kartoffeln auf die einzelne Person erfolgen soll, und zwar zum Preise von 40 Pf. pro Pfund. Die Gemeinden geben die Kartoffeln teilweise auf einmal ab, weil eine Lagerung gerade in der gegenwärtigen Zeit mit Schwierigkeiten verbunden ist und es in den Privatwohnungen viel leichter ist, das Heimen und Neudurchgeben der Kartoffeln zu verhindern. Die Stadt Berlin hat im Gegensatz zu den Vororten bis heute die Sonderverteilung von Kartoffeln nicht bekanntgegeben. Scharf wird auch die Berliner trotz sein, einmal 10 Pfund Kartoffeln extra bekommen zu können.

Charité und Krankenhauskosten. Nachdem für die hiesigen jüdischen Krankenwärter eine Erhöhung der Aus- und Verpflegungskosten vom 1. Juni d. J. beschlossen ist, sind nunmehr auch staatliche Krankenhäuser für das Charité-Krankenhaus und die übrigen hiesigen Universitäts-Kliniken vom gleichen Tage ab die Kosten in der 3. Verpflegungskategorie auf 9 Mark für Erwachsene und 6 Mark für Kinder bis zum vollendeten 14. Lebensjahre erhöht worden. Neben diesen Kosten kommen die Gebühren für Salvarsanbehandlung für Syphilisgeschworenen und Bestrahlungen sowie für ähnliche Sonderbehandlungen zur Erhebung. Die Kostenjahre gehen bei den obigen Universitätsanstalten in gleicher Weise für Berliner wie Nichtberliner.

Ime Analen ertrunken. Aus dem Havelsee gefischt wurden gestern nachmittag an der Mühlarkschwimmhalle die Leichen des 15 Jahre alten Kutschknecht Franz Borowski aus der Köpenicker Straße 99 und des 12 Jahre alten Schülers Walter Buschke aus der Markstraße 21. Die beiden Knaben gingen am Mittwoch nachmittag hinaus, um gemeinsam zu baden und tauchen nicht wieder. Des Schwimmers unfürdig, haben sie sich wohl zu weit in das Wasser hineingewagt und sind hilflos ertrunken. Gestern fand man zunächst die Leiche des Schülers und zwei Stunden später auch die des Knaben.

Wit Kattengift auf offener Straße getötet hat sich gestern nachmittag der 19 Jahre alte Konditor Martin Libelil aus der Kurfürststraße 186. Der Mann schob einen Handwagen vom Kurfürstentor her durch die Kurfürststraße nach der Bodeamer Straße. Hier fiel er plötzlich um und blieb regungslos liegen. Ein Arzt konnte nur noch den Tod feststellen. Nach einem Gutachten hat sich der Mann vergiftet. Bei ihm fand man zwei leere Glasflaschen mit der Aufschrift Kattengift. Gegenwärtig wird ermittelt, woher die Flaschen kamen, die man dem Schauplatz zuführte, nicht gefunden.

Ertrunkener Detektiv. Der Aufklärung bedarf ein Leichenfund am Inselspiekergrundstück. Dort wurde gestern nachmittag

ein junger Mann bei aus der Spree gefischt. Wozu den von herigen Feststellungen handelt es sich um einen 28 Jahre alten aus Dresden-Mühlitz gebürtigen Detektiv Robert, der zuletzt in Hamburg polizeilich gemeldet war. Wie der Mann nach Berlin gekommen und ins Wasser geraten ist, steht noch nicht fest.

Der Vademekster Grapp, Dänische Straße 5, ist wegen unzulässiger Betriebsführung von der Reichsgüterverwaltung ausgeschlossen worden.

Graf Harry Reiter vom Bund Neues Vaterland, spricht am Sonntag vormittag 10 Uhr bei Sammel, Ziegel, über Arbeiter-Schaft und Völkerverband.

Vorläufiges Wetter für Berlin und Umgegend am Sonntag: Pflanzlich weiter, am Tage etwas wärmer, zeitweise wieder stärker bewölkt, bei mäßigen westlichen Winden. Keine oder unbedeutende Niederschläge.

Große Propaganda-Wasserballwettkämpfe veranstaltet der Arbeiter-Sport-Verband (Kreis I) durch den Monat Juni (Spielzeit: Montage und Donnerstags, abends 7 Uhr) im Engelbecken, Reichenberger Ufer. Am Montag, den 21. Mai, spielen folgende Mannschaften: U. S. B. Bormärts (Kummelsburg) gegen U. S. B. (Neublin), Freie Schwimmverein (Charlottenburg) gegen Repton (Niedersberg), U. S. Union gegen U. S. B. Welle; am Donnerstag, den 3. Juni: U. S. B. (Neublin) gegen Bormärts (Norden I), Repton (Niedersberg) gegen Bormärts (Neublin), Bormärts (Norden II) gegen U. S. B. Nachmittags werden nicht erhoben.

Aus den Organisationen.

11. Bezirk, 8. Abteilung. Sonntag früh 8 Uhr bringendes Erhalten sämtlicher Parteimitglieder im Jubiläum-Lothar.

18. Bezirk. Die Genossen, die sich zur Parteimitgliedschaft gemeldet haben, müssen sich am Sonntag vormittag 10 Uhr bei Knapp, G. Uthofer Straße 8, zu einer Versammlung zusammenfinden. — Dienstag 1. Juni, Generalversammlung des Bezirks in der Schulaula Köpenicker Ufer, 10. Bezirk. Tagesordnung: Aufstellung der Stadtdirektoren und Bezirksverordneten.

4. Kommunal-Bezirksrats (Bezirk Prenzlauer Tor). Sonntag, den 30. Mai, vorm. 10 Uhr, Kula Gensfelder Str. 67: Zusammenkunft aller Bezirks- und Abteilungsführer, der kommunalen Organe der Abteilungen und Bezirke, sowie der Vorstandsmitglieder und aller Kandidaten.

Reichsbanner. Montag abend 7 Uhr: Parteiverammlung der Ortsgruppen der U. S. B. in der Kula Reus Knabenstraße, Köpenicker Ufer, 10. Bezirk. Die Ortsgruppen sollen an dieser Versammlung teilnehmen. — Montag abend 8 Uhr: für den 21. Bezirk: Parteiverammlung bei Reus, Köpenicker Ufer, 10. Bezirk. Dienstag abend 7 1/2 Uhr: öffentliche Parteiverammlung bei Reus, Hermannstr. 190/197. Referent: Genosse Danisch. — Dienstag abend 7 Uhr: Sitzung der Geschäftsleitung mit dem Parteiführer bei Schmengel, Helldorfer Ufer, 10. Bezirk. — Dienstag abend 7 Uhr: Parteiverammlung der 25. und 26. Schule. Referent: Genosse Unterwiesing in der Schule. Einführung der weiblichen Schule in Neublin.

Genkom. Sitzung der Parteisekretariatskommission Montag 7 Uhr bei Köpenicker Ufer, 10. Bezirk.

Reichsbanner. Sonntag Agitationsausflug nach „Rüggelheim“. Abmarsch 2 Uhr nachm. vom Lehnal Friedhof, Müggelheimer Straße 29. Um 4 Uhr dort Parteiverammlung. Referent: Gen. G. G. Um rege Beteiligung mit Familie mitgeben. — Montag Parteiverammlung im Stadtheater. Referent: Dr. E. E. E.

Reichsbanner. Sonntag um 8 Uhr wichtige Flugblattverteilung von den Gruppenlokalen aus. Die Gruppenleiter empfangen das Material um 7 1/2 Uhr bei Schröder, Berliner Straße 9.

Bereinskalender.

Arbeiter-Samariter-Bund Berlin. Kolonne Eiden und Tempelhofer See am Sonntag, den 30. Mai, um 9 Uhr vorm. Steuerehaus in Klarnbergstraße.

Verband der Gärtner und Gärtnerinnen. Delegiertenversammlung Montag 7 1/2 Uhr in Schulz' Gehäusen, Am Köpenicker Graben 2.

Deutscher Transportarbeiter-Verband. Montag 7 1/2 Uhr Parteiverammlung in der Unions-Drauzell, Hofenstraße 22/21. Mitgliedsbeitrag mitzubringen und dient als Legitimation.

Verantwortlich für die Redaktion: Leo Stiebig, Liebenow. Verantwortlich für den Inserenten: Ludwig Romer, Köpenicker Ufer, 10. Bezirk. Druck: Druckerei des „Freiheit“ in der Köpenicker Ufer, 10. Bezirk.

Vergnügungspalast „Groß-Berlin“
vorm. Klubs Sommertheater Hasenheide 15
Täglich bei ausverkauftem Hause
Konzert und buntes Programm
Anfang 8 Uhr, anschließend pünktlich 10 1/2 Uhr
Der große Berliner Schlager! Spreezauber
Ausstattungsoperette in 4 Bildern.
Stürmischer Beifall! Großer Lacherfolg!
Täglich ausverkauftes Haus.
Theaterkasse geöffnet täglich ab 10 Uhr. Sonntags Anfang 3 Uhr.

Schaubühne
Landsberger Allee 76/77
Täglich großer Melioringer-Waltzall
Heute ringen:
Strome — Kloch
Stromski — Orhanski
Vorh. d. gr. Varietè-Teil.
Einstieg des Konzerts 8 Uhr
für Vorstellung 7 Uhr
für Ringkampf 11 Uhr
Metalle
Quecksilber kauft
Weltmann, Lindenstr. 20
en gros, en detail.
Telephon: Amt Norden 667.

Kriegsopfer
Sonntag, den 30. Mai 1920, 10 Uhr vormittags
Große öffentliche Versammlung
in Schweizergarten (am Freiheitsdenkmal, am Ringplatz)
Der internationale Kongress der Kriegsopfer in Graf.
Kriegsopfer erfindet in Berlin.
Internationaler Bund der Kriegsopfer von Berlin.
„Radfahrer“
Gummifabrik, gute Marken-Ware, billig.
Sämtliche Ersatzteile. Reparaturen schnellstens in eigener Werkstatt.
Gebr. Lemann, Reibelstraße 11, I. Etage.
Dynamo- u. Spulendrähte
blank und unspoolen, jedes Quantum, kaufen höchstzählend
Elektro-Büro Lustig & Co., O 27, Gräner Weg 100, Königsstadt 6232 u. 351.

Stoffe
Wir Anzüge, gut und billig.
Tuchlager Fritz Dierig,
Alte Schönbühner Straße 311.
Spiralbohrer
Schmirzelleisen, nur
neue, leicht Müller, Neue
König- 38 (Alexanderplatz),
straße
Isolierten Kupferdraht,
Litzen und Wachsdräht
kauft höchstzahlend
Ingenieurbureau Schilling,
Berlin W 9, Linienstraße 10,
Tel.: Lützow 3208 und 8519.
Genossen!
Werbt für die „Freiheit“!

Botenfrauen
stellt ein
Spedition W. Glammann
Reinickendorf-W.
Schillingstraße 21
Charlottenburg
Boten-
frauen
stellt sofort ein
Spedition Lorenz
Wallstraße 68.

KLEINE ANZEIGEN
Annahme in allen Expeditionen des Vorlages
Das Uberschriftswort 2.- M., jedes weitere Wort im Text 1.50 M. netto; Stellengsuche: Uberschriftswort 1.50 M., jedes weitere Wort im Text 1.- M.
Geschäftsstelle: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19

Geschäftsverkäufe
Familien-Restaurant
Hohenrechthausen, Oranien-
straße 22, Paradenhof, schat-
tlicher Garten gemütlicher Aus-
sicht. Um Zuspruch bittend
Valentin Kowalski.
Verkäufe
Mehrere Jackettanzüge
Gehrockkanzüge, Sommer-
paleotis, Jünglingsanzüge,
Sommerkleider, Jünglingsmäntel,
sportlich Prinsengeschäft,
Reichlestr. 6 (Mosbit).

Selbstverfertigte bessere
Anzüge, auch Maß, sportlich,
Russ, Wilhelmstr. 40A, Koch-
straße 26.
Herren- und Jünglings-
anzüge, günstiger Gelegen-
heitskauf, per Stück 350 M.,
verkauft täglich 8 bis 4 Uhr
Wirtschaftsstelle N. Pappel-
allee 78-79.
Genossen, Sie sparen
200 Mark und noch mehr bei
Ankauf eines Anzugs bei
Burgher, Britzer Straße 20,
vorn II, Hochbahn Kottbusser
Tor. Reinwillene Kammer-
anzüge, Cotawoys, Cover-
coats, gestreifte Hosen, stets
große Auswahl.
Kreuzfische! sowie
andere neue Pelzsaachen aller
Art, keine Versatzware, immer
noch zu staunenwertigen spot-
tilligen Sommerpreisen im
Leihhaus! Warschauer Str. 7.
Eleganter Kinderwagen,
Babywägel, Drahtstühle
verkauft Neublin, J. us-
str. 22, Rodler.

Gartenverkauf Deutsch,
Landsberger Straße 13.
Wäscheverkauf, Harz,
Seelower Straße 24, partierre
(Nordring).
Fahrräder
Fahrradzahlm. Fahr-
räder, großes Lager zu fabri-
kalt billigen Preisen, Streese,
Grüner Weg 18.
Möbel
Seiten helle! Schlaf-
zimmer, billige, süßbaum,
150-160 breiter Spiegelschrank,
Wohnzimmer, Speisezimmer,
Sofa, Umbauten, Küchen,
Petersburger Str. 41, Zahlungs-
erleichterung.
Küchen, moderne, mit
ohne Anrichte, lackiert, lackiert,
roh, lackiert von 450 M. ab.
Kleinauswahl! Küchenmöbel-
fabrik Himmel, Lothring-
er Straße 22 (Schönbühner Tor)

Chalossewagen, 180.- bis
600.-, Metallbetten 250.- bis
2000.-, weiße Schlafzimmer-
Meublen, Anstrich, 32a, Ough.
Möbel, Spiegel und Pol-
sturewaren gegen Kasse und
Teilszahlung, S. Gram, Fried-
richstraße 7, Nähe Belle-
Alliance-Platz.
Kaufgesuche
Paraffin, Wachse, Perlen,
Terpentin, Materiarikel,
auch kleine Posten, kauft
Winkler, Oranienburger Str. 12
Grammophonplatten
auch zerbrochene kauft höchst-
zahlend Stephan, Neublin,
Jasstr. 17, am Rathaus.
Kupferleitungen, Kabel,
Litzen, Kabelstränge kauft zu
den höchsten Preisen Elektro-
büro Lange Straße 271, nicht
Keller, Ecke Andressstraße,
Alex. 3032.
Pinsel, Schellack, Leim,
Benzol sowie sämtl. Materi-
alien kauft Schmidt & Wehner,
Fehrbelliner Str. 24.

Goldbruch und Silber-
bruch, Uhren, Wertachen kauft
höchstzahlend Schubert, Baer-
walderstraße 53.
Leim kauft stets Siebold,
Blumenstraße 74.
Ankaufstelle Neublin,
Jettstr. 80, Tafelberg 30,
Schellack 100.-, Schell-
platten 10.-
Entlassungssachen,
Militärartikel (neu) kauft,
Preiskasse, Strub, Barde-
leinstr. 3
Teppich kauft, Chal-
longendecke kauft Posteler,
Pappelallee 12.

Spiralbohrer kauft gegen
sonstige Kasse Schultz,
P. Jedens, Fregestraße 61,
Platz 4875.
Spiralbohrer, neue, jeden
Posten kauft Marien, Löwe-
straße 2, v. III.
Schnellaufbohrer, neu,
kauft zu höchsten Tages-
preisen Morgenstern, nur
Lichtenberg, Gärtnerstraße 13,
Alex. 5273.
Spiralbohrer, Schmirz-
leisen, Gewindebohrer, Natur-
stahl, Felten kauft jeden Posten
Juggnick, Prinzenstraße 5,
Münzstr. 143 18.
Spiralbohrer, Schmirz-
leisen, Holz- und Schmirz-
schrauben, neue, kauft Zeumer,
Hussienstr. 44, v. IV.
Konkurrenzlose höchst-
zahlend f. Spiralbohrer, Schmirz-
leisen, Holz-, schloß- und
Maschinen-Schrauben, Felten,
Werkzeuge, Bosch-Magnete
und -Ker in etc. Anders,
Or. Frankfurter Str. 109.

Motorräder, Magnete,
Zündkerzen, Vergaser, Kugel-
lager kauft Fester, Schön-
bühner Allee 183.
Spiralbohrer, Werkzeuge
und Schmirzleisen kauft
Werkzeugbauingenieur Lais-
ner 18.
Spiralbohrer, Werkzeug
kauft Schlosserei Gramma,
Pallasadenstraße 11.
Spiralbohrer,
Felten, Schmirzleisen neu
kauft zu konkurrenzlosen Preisen
Werkzeugvertrieb Sicking-
genstr. 80.
Tiermarkt
Hunde aus- und verkauft
Casell's Handzentrale, Buch-
straße 26.
Schäferhunde, Staben-
hund, Hundevorkauf, Ankauf,
Dresdener Str. 3.-, K. Köpen,
Handelvertrieb, schall-
lands Handpark, Pallas-
adenstr. 25.
Ziehband mit gutem
Eascher 400 M. verkauft
Hartmann, Kolberger Straße 8.

Ansiedelungen
**Hohen-
neudorf**,
Lehmparzellen, 3000 Mark,
kleine Anzahlung, Hohen,
Steglitz, Treischkestraße.
Unterricht
Richtiges Deutsch
sprechen, Schrift von leicht Er-
werbens abends erwerbener
Sprechlehrer, Postfach 627,
677 Briefpostamt C2.
Verschiedenes
Erfinder, Patentbureau,
Päckcher, Gertrudenstr. 13,
Zentrum 760.

Der willige Weg für Orgel und Klavier sind die kleinen Orgeln in der Oranienburger Straße